



Hauptausschuss

4. Sitzung (nichtöffentlich)

26. Oktober 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.05 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150
Vorlagen 13/71, 13/72

1

Der Ausschuss stimmt den sich aus dem Nachtrag ergebenden Änderungen zu Einzelplan 01 - Landtag - einstimmig zu.

Die sich aus dem Nachtrag ergebenden Änderungen zu Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - nimmt er mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. an.

2 Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Antrag

der Fraktion der SPD,

der Fraktion der CDU,

der Fraktion der F.D.P. und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1

Vorlage 13/106

3

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Beratungen zu diesem Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

3 Gesetz zum Fünften Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/176

3

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf ist für die nächste Sitzung vorgesehen.

4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/187

-

Der Vorsitzende bittet die Fraktionsobleute, bis zur nächsten Sitzung den Termin für eine Anhörung zu bestimmen und den Teilnehmerkreis zu vereinbaren.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt **Vorsitzender Edgar Moron** mit, dass sich der Chef der Staatskanzlei für die heutige Sitzung entschuldigt habe, weil er an der Ministerpräsidentenkonferenz teilnehme. Von daher könne er heute auch nicht, wie vom Ausschuss in der letzten Sitzung erbeten, zu dem Bericht der so genannten Berger-Kommission Stellung nehmen. Dies werde in der nächsten Sitzung geschehen. Heute sei die Landesregierung durch Herrn Staatssekretär Riotte vertreten.

- 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150
Vorlagen 13/71, 13/72

Zum **Einzelplan 01** - Landtag - besteht kein Beratungsbedarf. **Ergebnis** siehe **Beschlussteil**, Seite I.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vorsitzender Edgar Moron bemerkt einleitend, dazu sei dem Ausschuss in der Vorlage 13/197 ein Bericht über die Entwicklung der Personalstärke der Staatskanzlei in den Jahren 1990 bis 2000 zugegangen, wie er in der letzten Sitzung von der CDU-Fraktion erbeten worden sei.

Außerdem sei vonseiten des Ausschusses um einen Bericht über den Belegungsplan zu den von der Landesregierung genutzten Gebäuden gebeten worden. Dieser Bericht werde mündlich erstattet.

VA Krähler (Finanzministerium) verweist zunächst auf die Vorlage 12/2386 vom 19. November 1998, in der es um die Anmietung des Düsseldorfer "Stadttore" zur Unter-

bringung des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei gegangen sei und in der auch Auskünfte gegeben worden seien, wie die Landesregierung zum damaligen Zeitpunkt die Belegung der ihr zur Verfügung stehenden Gebäude mit den Ministerien geplant gehabt habe. Wesentlicher Kernpunkt dabei sei gewesen, Zug um Zug die noch bestehenden großen Anmietungsgebäudekomplexe Bastionstraße/Breite Straße, in denen seinerzeit das MASSKS untergebracht gewesen sei, und Schwannstraße 3, wo auch heute noch das Umweltministerium untergebracht sei, aufzugeben. Infolge der Regierungsneubildung in diesem Jahr hätten sich zwar Änderungen bei der Zusammensetzung der Ressorts ergeben, man sei aber nach wie vor in der Lage, auf der Basis der seinerzeitigen Planungen die vorgestellten Belegungen nach und nach zu realisieren.

Zurzeit befinde sich die Renovierung des früher von der Staatskanzlei genutzten Landeshauses in der Schlussphase. Danach werde das neu gebildete Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, das noch an mehreren Standorten untergebracht sei, in diesem Gebäude zusammengefasst untergebracht werden können.

Außerdem sei beabsichtigt, am Innenministerium geschaffenes Baurecht zu nutzen und dort zwei Gebäude zur weiteren Unterbringung der Landesregierung zu errichten. Eines der beiden Gebäude könnte dem Umweltministerium zur Verfügung gestellt werden. Das andere solle der zusammengefassten Unterbringung des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport dienen. Nach Fertigstellung dieser Gebäude solle das Gebäude an der Elisabethstraße veräußert werden.

Die Landesregierung habe einen Planungsbeschluss und eine Belegungsplanung hinsichtlich der beiden Gebäude gefasst. Der konkrete Baubeschluss und der Beschluss, dem Landtag entsprechende Haushaltsanschlüsse vorzulegen, seien zunächst zurückgestellt worden, weil erst geprüft werden solle, wie sich die Bauplanungen am sinnvollsten - ob als landeseigene Baumaßnahme, als Investorenmodell oder wie auch immer - verwirklichen ließen. Wenn diese Prüfung abgeschlossen sei, würden die haushaltsmäßigen Vorkehrungen dem Landtag vorgelegt.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bittet bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses um eine schriftliche Darstellung der geschilderten Planungen, in der auch auf die Frage eingegangen werde, ob sich durch die Regierungsumbildung der Raumbedarf der Landesregierung verändert habe.

Werner Jostmeier (CDU) schließt den Wunsch an, in diesen Bericht auch schon detaillierter die Planungen hinsichtlich der beiden neu zu errichtenden Gebäude einzubeziehen.

In anderem Zusammenhang artikuliert er die Bitte, die in der Vorlage 13/72 unter Punkt 3.3 dem Haushalts- und Finanzausschuss von der Staatskanzlei zugesagten Projektübersichten über die Internationalen Beziehungen sowie die europapolitischen Projekte und Maßnahmen auch dem Hauptausschuss zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis siehe Beschlusstil, Seite I.